

Magold.
lung
 Abends
 rfeinen er-
Kraft.
 n Seiten
 Kindern
na
nk
opf.
 1755
 ebe und
 betm
 d Groß-
nacher
enen.
gold
 be:
ingsverein
o ld.
 en 18. April
anden-
agsabend
 ertn Bundes-
 Pilzenmalere-
 unge, Gedächtnis-
 Anspachen.
 er und sonstige
 and sind herzlich
 1772
Anschauung
 gelehrter
ler
t Stellung.
 die Geschäfts-
 1726
ädchen
 at. 1773
 die Geschäftsst.
l-Ordnung.
 eodienst
 Wirtschafsdienst
 April. Form.
 igt (Otto) an-
 nannhilsfeier der
 en. 5 Uhr
 (Schalzer.)
 unde im Ver-
 aut.
 ottesdienst.
 April 148 Uhr
 1/4 Uhr Rogold.
 dienste
 Kengemeinde.
 em. 110 Uhr
 (Stör.) Wegen
 ng der Kapelle
 eodienst in der
 hat. Freitag.
 Bestimmung.

Wichtig an jedem Woch-
 tag. Bestellungen nehmen
 sämtliche Postanstalten
 und Postboten entgegen.
 Preis vierteljährlich hier
 mit 10 Mark, halbjährlich
 mit 18 Mark, jährlich
 mit 32 Mark, im Voraus.
 Anzeigen-Gebühr für die
 erste Spalte 10 Mark, für
 die zweite 8 Mark, für
 die dritte 6 Mark, für
 die vierte 4 Mark, für
 die fünfte 3 Mark, für
 die sechste 2 Mark, für
 die siebente 1 Mark, für
 die achte 1 Mark, für
 die neunte 1 Mark, für
 die zehnte 1 Mark, für
 die elfte 1 Mark, für
 die zwölfte 1 Mark, für
 die dreizehnte 1 Mark,
 für die vierzehnte 1 Mark,
 für die fünfzehnte 1 Mark,
 für die sechzehnte 1 Mark,
 für die siebenzehnte 1 Mark,
 für die achtzehnte 1 Mark,
 für die neunzehnte 1 Mark,
 für die zwanzigste 1 Mark,
 für die einundzwanzigste 1 Mark,
 für die zweiundzwanzigste 1 Mark,
 für die dreiundzwanzigste 1 Mark,
 für die vierundzwanzigste 1 Mark,
 für die fünfundzwanzigste 1 Mark,
 für die sechsundzwanzigste 1 Mark,
 für die siebenundzwanzigste 1 Mark,
 für die achtundzwanzigste 1 Mark,
 für die neunundzwanzigste 1 Mark,
 für die dreißigste 1 Mark,
 für die einunddreißigste 1 Mark,
 für die zweiunddreißigste 1 Mark,
 für die dreiunddreißigste 1 Mark,
 für die vierunddreißigste 1 Mark,
 für die fünfunddreißigste 1 Mark,
 für die sechsunddreißigste 1 Mark,
 für die siebenunddreißigste 1 Mark,
 für die achtunddreißigste 1 Mark,
 für die neununddreißigste 1 Mark,
 für die vierzigste 1 Mark,
 für die einundvierzigste 1 Mark,
 für die zweiundvierzigste 1 Mark,
 für die dreiundvierzigste 1 Mark,
 für die vierundvierzigste 1 Mark,
 für die fünfundvierzigste 1 Mark,
 für die sechsundvierzigste 1 Mark,
 für die siebenundvierzigste 1 Mark,
 für die achtundvierzigste 1 Mark,
 für die neunundvierzigste 1 Mark,
 für die fünfzigste 1 Mark,
 für die einundfünfzigste 1 Mark,
 für die zweiundfünfzigste 1 Mark,
 für die dreiundfünfzigste 1 Mark,
 für die vierundfünfzigste 1 Mark,
 für die fünfundfünfzigste 1 Mark,
 für die sechsundfünfzigste 1 Mark,
 für die siebenundfünfzigste 1 Mark,
 für die achtundfünfzigste 1 Mark,
 für die neunundfünfzigste 1 Mark,
 für die sechzigste 1 Mark,
 für die einundsechzigste 1 Mark,
 für die zweiundsechzigste 1 Mark,
 für die dreiundsechzigste 1 Mark,
 für die vierundsechzigste 1 Mark,
 für die fünfundsechzigste 1 Mark,
 für die sechsundsechzigste 1 Mark,
 für die siebenundsechzigste 1 Mark,
 für die achtundsechzigste 1 Mark,
 für die neunundsechzigste 1 Mark,
 für die siebenzigste 1 Mark,
 für die einundsiebzigste 1 Mark,
 für die zweiundsiebzigste 1 Mark,
 für die dreiundsiebzigste 1 Mark,
 für die vierundsiebzigste 1 Mark,
 für die fünfundsiebzigste 1 Mark,
 für die sechsundsiebzigste 1 Mark,
 für die siebenundsiebzigste 1 Mark,
 für die achtundsiebzigste 1 Mark,
 für die neunundsiebzigste 1 Mark,
 für die achtzigste 1 Mark,
 für die einundachtzigste 1 Mark,
 für die zweiundachtzigste 1 Mark,
 für die dreiundachtzigste 1 Mark,
 für die vierundachtzigste 1 Mark,
 für die fünfundachtzigste 1 Mark,
 für die sechsundachtzigste 1 Mark,
 für die siebenundachtzigste 1 Mark,
 für die achtundachtzigste 1 Mark,
 für die neunundachtzigste 1 Mark,
 für die neunzigste 1 Mark,
 für die einundneunzigste 1 Mark,
 für die zweiundneunzigste 1 Mark,
 für die dreiundneunzigste 1 Mark,
 für die vierundneunzigste 1 Mark,
 für die fünfundneunzigste 1 Mark,
 für die sechsundneunzigste 1 Mark,
 für die siebenundneunzigste 1 Mark,
 für die achtundneunzigste 1 Mark,
 für die neunundneunzigste 1 Mark,
 für die hundertste 1 Mark,
 für die einundhundertste 1 Mark,
 für die zweiundhundertste 1 Mark,
 für die dreiundhundertste 1 Mark,
 für die vierundhundertste 1 Mark,
 für die fünfundhundertste 1 Mark,
 für die sechsundhundertste 1 Mark,
 für die siebenundhundertste 1 Mark,
 für die achtundhundertste 1 Mark,
 für die neunundhundertste 1 Mark,
 für die tausendste 1 Mark.

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold
Nagolder Tagblatt

Bestellerteilung im
 Oberamtsbezirk. —
 Näheres sind daher von
 diesem Blatt zu
 entnehmen.
 Es wird keine Gewähr
 übernommen, daß
 über den Inhalt des
 Blattes irgendwelche
 Verantwortlichkeiten
 übernommen werden
 können.
 Telegramm-Adresse:
 Gesellschafter Nagold.
 Postfachkonto:
 Stuttgart 5113.

Nr. 90

Montag den 19. April 1920

94. Jahrgang

Die Zukunft der deutschen Marine.

Ueber die Zukunft der deutschen Marine schreibt der Admiral a. D. Hollweg folgendes:
 Der unter der Leitung des Reichswehrministers Koste unternommene Versuch, aus den Trümmern der alten Marine das Beste an Erfahrungen und Traditionen in eine neue Zeit des Wiederaufbaues hinüberzutragen, und so eine kleine Marine auf militärisch-seemännischer Grundlage neu aufzubauen, muß als gescheitert angesehen werden. Die Arbeit des letzten Jahres, an der sich eine ganze Anzahl der besten Seeoffiziere entfangen und mit Pflichttreue beteiligt haben, ist vergeblich gewesen. Dem Neubau fehlte das Fundament Disziplin und Gehorsam. Die Truppe ist den jetzigen Umständen der „Hände“ bei der ersten Probe unterlegen. Das Verhalten des Stationschefs in Wilhelmshaven war von Anfang bis zu Ende moderner Anschauungen entsprechend, überlegt und mit Konsequenz durchgeführt. Auch das hat nicht genügt. Das Vertrauen der Untergebenen für die doch einmal unentbehrlichen Offiziere ist durch Verhöhnung untergraben. Der Rapp-Vorfall hat die Dinge zur Reife gebracht.

Was kann geschehen? Die überwiegende Mehrzahl der Seeoffiziere ist entschlossen, in einer auf gewerkschaftlicher Grundlage aufgebauten Flottenmarine, die von politischen „Händen“ dauernd beeinflusst wird, keine Dienste mehr zu leisten. Entweder der andere mag unter den Seeoffizieren vorhanden sein, der aus Opportunismusgründen bereit wäre, sich den Händen unterzuordnen. Ansolitmenschen sind solche Offiziere sicher nicht. Sie sind nur Soldatensänger und Liebhaber schöner Dienstwohnungen. Die Besetzung aller Offiziersstellen mit Den- und Unteroffizieren ist eine Utopie, und eine solche Marine wäre eine nutzlose Geldverschwendung. Gesteht dies dennach, so werden die Streitkräfte nie aufhören, denn immer neue Persönlichkeiten werden sich allein für die Besetzung der Offiziersstellen für geeignet halten, dementsprechend auch ihre Forderungen stellen.

Wilhelmshaven und Kiel sind als Stützpunkte unserer kleinen Marine unmöglich geworden. Der Aufbau einer disziplinierten Truppe in der unmittelbaren Nachbarschaft der kurzlebenden und anspruchsvollen Minensucher ist unmöglich. Der Abbau der noch vorhandenen Marine ist notwendig. Das durch den Friedensvertrag vorgegebene Minensuchen wird durch Privatgesellschaften erfolgen müssen. Die Auflösung der Marine ist natürlich auch ein schwieriges soziales und wirtschaftliches Problem. Der Entschluß hierzu ist schwer und aber doch gefaßt werden müssen. Er bedeutet mehr als den derzeitigen Verzicht auf eine kleine Flotte. Er befiehlt das Schicksal Deutschlands als eines militärisch u. wirtschaftlich von der See ausgeschlossenen Volkes. Der Sieg Englands wird restlos. Es scheint besonders das Schicksal von Flotten zu sein, durch Revolutionsergebnisse völlig aus der Bahn geworfen zu werden. Nur England mit seinem Seeinstinkt hat auch in bewegten Zeiten dieses bisher zu vermeiden verstanden. Ueber die Gründe des Verfalls der französischen Marine in der Revolutionszeit schreibt der Amerikaner Mahan: „Der unmittelbare Grund war der, daß man auf einen Dienstweg von ganz speziellem Charakter die Theorien von Männern anwandte, die von seinen Eigenheiten gar keinen Begriff hatten.“ Wir verfallen in den gleichen Fehler.

Nur einen Weg gäbe es, dies noch zu verhindern und dem neuen Deutschland die Möglichkeit eines bescheidenen Anteils an Seegeleitung zu erhalten: den Wiederaufbau einer ganz neuen, kleinen Marine an ganz anderer Stelle in Villed, Swinemünde, oder, wie derinist, in Stralsund. Die Voraussetzung dabei wäre: Ausschaltung jeder politischen Beeinträchtigung der Truppe, Fernhalten des Einflusses der „Hände“, Disziplin und Gehorsam, Treue zur Verfassung. An die Spitze eines solchen Neubaus würde eine ganze erstklassige Persönlichkeit gehören. Der beste wäre gerade genug. Sollte sich nicht ein Mann, wie der Admiral Scher, dem so viele Herzen zufliegen, der den besten und erfolgreichsten Teil aller Traditionen in sich personifiziert, und dessen reiche Kräfte ungenützt brachliegen, unter bestimmten Bedingungen für eine solche Aufgabe bereit finden lassen.

Deutsche Nationalversammlung.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 1.05 Uhr und teilt mit: Ein Antrag wegen Strafverfolgung des Abg. Braß wegen Landesverrats usw. ist eingegangen. Er wird dem Geschäftsausschuss überwiesen.
 Abg. Kullmann (D.) ist gestorben.
 Die Abgeordneten haben sich von ihren Plätzen erhoben. Eine Reihe von Anträgen erledigt sich, weil die antragenden Abgeordneten zur Verlesung nicht erschienen sind.
 Es folgt die zweite Beratung des Gesetzesentwurfs über ein Enteignungsrecht von Gemeinden bei Aufhebung von Annonzbeschränkungen.
 Der Gesetzesentwurf wird nach den Anträgen des Ausschusses mit geringen Änderungen ohne Erörterung angenommen, auch in dritter Lesung.
 Es folgt die zweite Beratung des Gesetzesentwurfs betr. die Grundschulen und Aufhebung der Vorschulen.

Hellmann (Soz.): Das Gesetz bietet uns das allerbedeutsamste Minimum von dem, was wir fordern müssen. Wir hoffen, daß die Regierung uns bald eine sechsjährige Grundschule vorlegen wird, ebenso die Vorlage betreffend die Lehrerbildungsfrage.

Rheinländer (B.): Die politische Demokratie muß auch eine Kulturdemokratie zur Folge haben. In geistiger Freude muß das Volk seine Erholung suchen. Das vorliegende Gesetz schafft Wahrheit über den Begriff der Grundschule. Diese ist nicht Simultanschule, sonst müßten wir sie ablehnen. Der Mechanismus des bisherigen Schulwesens muß zum Organismus werden. Auch die verschiedenen Lehrkategorien werden sich jetzt näher treten.

Dr. Hülsh (D.): Aus den auseinandergehenden Beurteilungen des Gesetzesentwurfs seitens der beiden Vorredner ist die Bedeutung und Wichtigkeit derselben zu ersehen. Die Abschaffung der Vorschulen ist sehr zu bedauern. Wir haben die allerhöchsten Bedenken gegen das Gesetz.

Kälz (Dem.): Die vierklassige Grundschule ist die richtige Grundlage.

Kunze (D.V.P.): Die Bestimmungen des Gesetzes dürfen keine Anwendung auf die Hilfsschulen für Schwachsinnige finden.

Kunze (U.S.P.) bekräftigt Anträge seiner Partei, die u. a. die Grundschule auf acht Jahrgänge ausdehnen wollte. Seine Forderung werde wahrscheinlich dem Gesetz im ganzen zustimmen wegen seines Grundgedankens, trotzdem ihr die Fassung der einzelnen Paragraphen dies schwer machten. Unterstaatssekretär Schulz stellt fest, daß eine weitgehende Ueberstimmung in allen Parteien über den Gedanken der Einheitschule sich herausgestellt hat. Die Frage der Konfessionsschule habe mit dem vorliegenden Gesetz nichts zu tun. Er persönlich sei der Meinung, daß eine längere Dauer der Grundschule wünschenswert wäre, aber man müsse zunächst das Mögliche erreichen. Das Lehrerbildungsgesetz liege vor. Die Reichskonferenz solle nunmehr unmittelbar nach den Wahlen stattfinden.

§ 1 wird mit den Abänderungsanträgen der Mehrheitspartei angenommen.

§ 2 wird in der Fassung des Ausschusses angenommen.

§ 3 liegt vor, daß beim Abbau der Vorschulklassen erheblich werdende Lehrpersonen auch gegen ihren Willen an öffentliche Volksschulen oder andere Lehranstalten verlegt werden können.

§ 4 will nur in besonderen Fällen Privatunterricht zulassen.

Anträge auf Streichung des § 4, gestellt von den Deutschen Nationalen und den Unabhängigen, werden abgelehnt.

§ 4 bleibt nach der Fassung des Ausschusses unverändert, ebenso der Rest des Gesetzes.
 Es folgt die erste Lesung eines Gesetzesentwurfs auf Aufhebung der Beschränkung im Post- und Telegraphenverkehr. Das Gesetz wird ohne Aussprache in erster Lesung erledigt und an den Hauptauschuss verwiesen.
 Nächste Sitzung morgen nachmittags 1 Uhr: Interpellationen betreffend Eupen und Nammedy und betr. polnische Verkehrsperre. Anford. Wochenhilfe u. Berichte der Ausschüsse. Schluß 7 1/2 Uhr.

Samstag-Sitzung.
 Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 1.20 Uhr. Die Interpellationen wegen Eupen und Nammedy, sowie wegen des Durchgangsverkehrs nach Ostpreußen werden von der Regierung in den nächsten Tagen beantwortet werden.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzesentwurfs betr. Änderung des Gesetzes über Wochenhilfe u. Wochenfürsorge. Hiez (U.S.P.): Die vorerwähnten Beihilfen sind ganz ungenügend. Rednerin befürwortet entsprechende Anträge. Der Reichsfinanzminister Wirth befragt die Beträge, die durch einzelne dieser Anträge notwendig würden, auf mehrere Millionen. Es sei unmöglich, jetzt plötzlich darüber zu beschließen.

Frau Schröder (Soz.) betont als Berichterstatterin, daß der Gesetzesentwurf nur die dringendsten Notstände abstellen wolle. Mehr sei zur Zeit nicht möglich.

Der Gesetzesentwurf wird in der Ausschussfassung unter Annahme einiger Anträge Hiez angenommen. Weitere Anträge Hiez werden abgelehnt.
 Es folgt der Bericht der Ausschüsse für Volkswirtschaft, für Petitionen und für soziale Angelegenheiten.
 Der Gesetzesentwurf betreffend Wochenbeihilfe wird noch in dritter Lesung erledigt.

Nächste Sitzung Montag 3 Uhr: 3. Lesung des Volksschulgesetzes, Militärverforgungsgesetz. Schluß 7 1/2 Uhr.

Eine kleine Anfrage.

Berlin, 17. April. In der Nationalversammlung ist eine Anfrage an die Regierung gestellt worden, die sich auf die Rückkehr deutscher Wehrmänner nach der Schweiz bezieht. Darin wird angegeben, an die Oberan eines deutschen Wehrmannes sei von der Fremdenpolizei in Zürich die Frage gestellt worden, ob der Mann Erwärter ihrer Kinder gewesen sei, ob sie nie im Streit gelebt hätte, ob sie ihren Mann noch liebe, ob er denn seine Pflichten erfüllt habe. Als die Frau ihre Entrüstung äußerte, wurde ihr geantwortet, sie solle sich nicht aufregen, da noch mehrere solcher Fälle zu erledigen seien. In der Anfrage wird die deutsche Regierung gefragt, was sie gegen dieses Verfahren zu tun gedenke. Eine Antwort liegt noch nicht vor.

erledigen seien. In der Anfrage wird die deutsche Regierung gefragt, was sie gegen dieses Verfahren zu tun gedenke. Eine Antwort liegt noch nicht vor.

Butschgespenster.

Ein „national-kommunistisches“ Komplott.

Berlin, 16. April. Das Reichswehrministerium teilt mit: Bei der Reichsregierung liefen gestern am späten Nachmittag Nachrichten ein über eine Zusammenkunft, die im Reichswehrministerium am 8. April abends stattfand, an der zwischen namentlich genannten Offizieren, die größtenteils dem Reichswehrgruppenkommando angehören u. radikal gesinnten Arbeiterführern. Die militärischen Teilnehmer an dieser Sitzung wurden durch ausführliche Angaben erheblich befragt.

Die Sitzung hat tatsächlich um 8 Uhr abends im Dienstzimmer des Hauptmanns Viebahn stattgefunden. Es haben daran teilgenommen: Die Hauptleute v. Viebahn und Bohndorf, Kapitänleutnant Ritter, Leutnant v. Viebahn, ferner ein Zivilingenieur Meyer (unbekannt, ursprünglich aus englischer Gefangenschaft zurückgekehrt), sowie die Herren Vertam (nach seinen Angaben Bruder des Betreffenden der Frontsoldaten) u. Kähler (nach seinen Angaben Uhrmacher aus Großlichterfelde).

Der Reichswehrminister ließ bald nach 8 Uhr die Sitzung aufheben und hat dann persönlich noch im Laufe der Nacht die Teilnehmer einzeln vernommen. Er hat absahn angeordnet, daß sie mit Ausnahme des Hauptmanns Bohndorf, der nur einem Dienstbefehl zufolge an der Sitzung teilnahm, bis zur weiteren Klärung der Angelegenheit im Polizeipräsidium in Berlin in Schutzhaft zu halten sind. Die Untersuchung, die der Staatskommissar für öffentliche Ordnung leitet, wurde heute vormittag durch Gegenüberstellung der Belastungszeugen mit den Teilnehmern an der Sitzung schnellstens fortgesetzt. Neben dem Tatbestand und den anderen Absichten der Teilnehmer wird festgestellt sein, ob auch andere Personen zu dieser Sitzung geladen waren, die aus irgendwelchen Gründen nicht erschienen sind.

Berlin, 16. April. Die letzten Abendblätter teilen mit, daß die Verhaftungen im Reichswehrministerium eine harmlose Aufklärung finden werden, doch dauerten die Vernehmungen der Beteiligten noch fort.

Berlin. Während einige Berliner Morgenblätter zu den Vorgängen im Reichswehrministerium äußern, man könne sich des Eindrucks nicht erwehren, daß es sich um eine recht phantastische Angelegenheit handle, bleibt vieles auch jetzt noch unverständlich.

Der „Vorwärts“ will es verstehen, daß der Polizeipräsident das Instrument der Schutzhaft möglichst zu meiden sucht. Aber es gebe auch vorläufige Verwahrungshaft sagt das Blatt, zur Sicherung späterer gerichtlicher Verfolgung. Es sei nicht ganz sicher, daß man die Herren von Viebahn usw. noch finden werde, wenn man sie in Untersuchungshaft zu nehmen wüßte.

Berlin, 17. April. Aus dem Polizeipräsidium wird uns mitgeteilt: Der Polizeipräsident Richter, dem in seiner Eigenschaft als Regierungskommissar für den Landespoliciebezirk Berlin die Entscheidung über Schutzhaftangelegenheiten zusteht, hat es abgelehnt, die Schutzhaft gegen die vom Reichswehrminister in der Nacht zum Freitag im Auschluß an eine Besprechung im Reichswehrministerium festgenommenen Offiziere und Zivilpersonen zu verhängen. In den eingehenden Vernehmungen, die im Polizeipräsidium stattgefunden haben, ist keinerlei Beweis dafür erbracht worden, daß die im Reichswehrministerium festgehaltenen Zusammenkunft der festgenommenen Personen einen Unfug der Regierung zum Ziele hatte oder daß sie sonst in irgend einer Weise geeignet gewesen wäre, die öffentliche Ordnung, Ruhe oder Sicherheit zu gefährden. Der Polizeipräsident hat daher die sofortige Freilassung der Festgenommenen veranlaßt.

Die angekündigte Verschwörung.

Berlin, 17. April. B.Z. teilt mit: Laut Mitteilung des Reichswehrministeriums erhielt dieses am 15. April nachmittags eine dringliche Mitteilung, die dem Reichszugler von führenden Persönlichkeiten der U.S.P. zugegangen war, über eine geheime Sitzung, die am 8. April abends im Reichswehrministerium stattfinden sollte, und zwar zwischen einigen namentlich genannten Offizieren und Arbeitervertretern. Angesichts der Gerüchte, die seit Tagen der Reichsregierung über Verschwörungen, Butschabsichten und ähnliches zugegangen, beauftragte der Reichswehrminister sich persönlich mit dem Vorgange. Er ließ die Sitzung im Dienstzimmer des Hauptmanns v. Viebahn aufheben, ordnete die telefonische Sperre über das gesamte Reichswehrministerium an und vernahm persönlich alle an den Sitzungen Beteiligten. Das Ergebnis dieser Vernehmung war, daß einerseits der Gegenstand der Besprechung nichts für die Teilnehmer unmittelbar Belastendes enthielt, andererseits aber die Angaben der Anzeiger und die schweren Beschuldigungen gegen die militärischen Teilnehmer an der Sitzung nicht entkräftet wurden. Daher ließ der Reichsminister die Teilnehmer wieder eingehender Untersuchung dem Staatskommissar für die öffent-



liche Ordnung zuführen, um durch eine Unterredung von unbeteiligter Seite und Gegenüberstellung von Anklagen und Beschuldigten eine reifliche Klärung herbeizuführen. Am 15. April wurde der Chef der Polizeileitung von den nachfolgenden Vorgängen unterrichtet. Dieser erhielt von dem Chef des Stabes des Reichswehrgruppenkommandos I, dem Dienstvorsetzten des Hauptmanns v. Viebahn, die Meldung, daß Hauptmann v. Viebahn seine vorgesehene Dienststelle über Jüdel und Absicht der Sitzung unterrichtet und diese daher mit voller Billigung seiner Vorgesetzten gehalten habe. Durch diese Meldung wurde die Angabe des Hauptmanns v. Viebahn bei der nächsten Vernehmung bestätigt. Weitere Klärung soll ein gerichtliches Verfahren bringen.

Die Verhandlungen zwischen Offizieren und Kommunisten.

Dem „Stuttg. Tagbl.“ entnehmen wir:
Berlin, 17. April. Die Angelegenheit der sogenannten Offiziersverchwörung, d. h. der Offiziere im Reichswehrministerium, die mit Unabhängigen und Kommunisten verhandeln, ist leider noch immer nicht ganz aufgeklärt. Die offiziellen Pol. Part. Nachr. verbreiten eine Darstellung, die den Fall ganz harmlos erscheinen läßt. In derselben Richtung bewegt sich eine Mitteilung, die vom Wölfischen Büro ausgeht und schließlich hat ja auch der Berliner Polizeipräsident gestern die Haftentlassung der Herren verfügt. Heute früh veröffentlicht aber die „Freiheit“ eine ins Einzelne gehende Schilderung, die doch recht unbehaglich zu lesen ist. Danach soll vor etwa 14 Tagen der Unabhängige Wegmann zu einer Zusammenkunft mit Offizieren aufgefordert worden sein. Als Jüdel wurde angegeben eine Annäherung an die revolutionäre Arbeiterkassen. Die Sitzung habe auch tatsächlich stattgefunden und an ihr hat Kapitänleutnant Eberhard von der Marinebrigade gleichen Namens teilgenommen. Eine zweite Sitzung wurde am 8. April abgehalten, wiederum mit dem Thema einer Verständigung der Offiziere mit den Arbeitern. Die Arbeiter wünschten die Einigung auf der Grundlage des Räteprinzips, während die Offiziere eine berufständische Vertretung vorschlugen. Dann wurde über die Frage der Bewaffnung der Arbeiterkassen gesprochen und hier hätte einer der Offiziere erklärt, er glaube bis zu 300.000 Arbeiter bewaffnen zu können. Nach dieser Sitzung trat der in dieser Frage schon mehrfach genannte Vortrag von seinem an Wegmann heran und nun wurde eine Unterredung in Wegmanns Wohnung verabredet, zu der auch drei Offiziere erschienen. Einer der Offiziere meinte, um die Bewaffnung der Arbeiter komme man nicht herum, wenn man den Bürgerkrieg vermeiden wolle. Wegmann äußerte Zweifel in die Absichten der Offiziere und verlangte eine öffentliche Erklärung von ihnen. Die lehnten sie ab. Angeblich soll einer der Offiziere den Wunsch strengster Geheimhaltung aus und man verabredete eine weitere Zusammenkunft auf Donnerstag. Am Donnerstag hat Wegmann den Reichsfängler benachrichtigt.

Die von gewisser Seite mit Hochdruck betriebene Aufklärung und Putscherei hat, wie man sieht, bereits „Erfolg“ gehabt, nämlich eine lächerliche Blamage der betr. Regierungsorgane. Es wäre besser, wenn die verantwortlichen Stellen, anstatt auf Gespenstergeschichten hereinzufallen, mit dem berüchtigten „eisernen Felsen“ gegen die Mißstände vorzugehen, welche die Spannen von den Büchern spielen. Ruß denn der See wirklich sein Opfer haben?

Der Massenmord am Essener Wasserturm.

Zu den furchtbarsten Schreckenstaten, die die spartakistische Bewegung bei ihrem Einzug in die Stadt Essen verübt haben, gehört der Massenmord am Wasserturm. Es wird darüber jetzt noch der Tögl. Rundsch. folgendes bekannt:
Die Besatzung des Wasserturms setzte sich aus etwa 50 Mann zusammen, die unter dem Kommando des Bergassessors Forstmann stand. Kurz nach mittag waren die revolutionären Truppen in das Rathaus eingedrungen, während auf dem Rathaus die Uebergabeverhandlungen mit dem Lehrer Stemmer, dem Parlamentarier der revolutionären Truppen, gepflogen wurden. Es steht nun einwandfrei fest, daß die Verteidigung des Wasserturms nach dem Einzug der Revolutionären noch ohne Nachrichten von der Uebergabe der Stadt war. Nachmittags 4 Uhr erschien der Beigeordnete Barerius am Wasserturm mit der roten-Kreuz-Flagge in der Hand, um die Mannschaften von der Uebergabe der Stadt zu benachrichtigen und die Uebergabe des Wasserturms nahezulegen. Während der Verhandlungen vor dem Tor des Wasserturms mit dem Stadtschreiber Potthof, der zur Besatzung zählte und im Schutze der weißen Flagge stand, bedrängten die revolutionären Truppen plötzlich durch das Tor der Verteidigung und stürzten den Wasserturm. Die überraschte Besatzung hatte bereits die Waffen abgelegt und die Röhre ausgezogen. Als die Rotgardisten angeklammert kamen, traten ihnen die Besatzungsmannschaften halb entkleidet mit hochgehobenen Armen am Eingange entgegen. Nun begann ein entsetzliches Morden. Wilden Tieren gleich warfen sich die Spartakisten auf die wehrlosen Leute, stachen mit Messern und Dolchen auf sie ein, schlugen sie mit Gewehrkolben tot oder schossen sie mit dem Revolver nieder. Selbst die am Boden röhelnden Schwerverwundeten und die Weichen wurden mit dem Kolben oder mit Fußtritt bearbeitet. Mehrere Opfer war der Schädel gespalten, andere die Schädeldecke abgerissen oder der Kopf bis zur Unkenntlichkeit verkrüppelt. Junge Burschen warfen die Gewehre fort, zogen Dolch und Messer und stachen wie wahllos auf ihre Opfer los. Ein 17 Jahre alter Rotgardist stand unangeführt mit dem Messer auf einem Sicherheitsmann ein, der, nur mit Hose und Weste bekleidet, mit erhobenen Armen vor ihm stand. Drei Messerhiebe hatte der Wehrlose in die Brust erhalten. Immer noch hob er mühsam die Arme hoch. Dann stürzte er zu Boden. Ein Stich in das Herz hatte ihn tödlich getroffen. Während dieser entsetzlichen Ereignisse waren die Fenster der gegenüberliegenden Häuser mit Zuschauern dicht besetzt. Auch auf der Straße hatte sich eine Menschenmenge angesammelt, die Zuschauer der Greuelstaten war. Die Menge schrie vor Entsetzen. In etwa 10 Min. lag die gesamte Besatzung hingemordet vor dem Wasserturm, nur 3 Mann entgingen dem grau-

figen Verhängnis. Als die Spartakisten feind lebendes Wesen mehr antrafen, schritten sie über die Leichen hinweg u. zogen unter Fluchen und Vermänschungen auf die Ermordeten von dannen.

Greuelstaten im Ruhrgebiet.

ABC. Entgegen dem Bericht, daß der Direktor Sebold von der Feste Lohberg (Eigentum der Gewerkschaft Friedrich Thoffen) bei den Kämpfen im Hamborn am 22. März durch einen Zufallstreffere ums Leben gekommen sei, berichtet jetzt die Gewerkschaft Friedrich Thoffen, daß Sebold auf schauerliche Weise zu Tode gequält worden ist. Der Bericht lautet:
Die Wohnung des Direktors Sebold lag am 22. März zwischen den Fronten. Von den spartakistischen Truppen wurde wahrheitswidrig behauptet, er habe das Artilleriefeuer der Reichswehr geleitet. Er wurde nun gezwungen, Munition an die Front zu schleppen. Während der Nacht wurde er in einen Schweinestall gesperrt; am anderen Morgen wurde er dort herausgeholt und mit Bajonetten und Messergabeln mißhandelt, sodann in ein Wäldchen gezerrt, wo ihm mit Gewehrkolben der Schädel eingeschlagen wurde. Dann wurde ihm noch eine Handgranate an den Kopf gebunden und zur Explosion gebracht. Zwei der Täter sind festgenommen.

Das Urteil gegen Prinz Joachim v. Preußen.

Berlin, 16. April. Prinz Joachim Albrecht von Preußen wurde wegen verurtheter Mordtätigkeit zu 500 M Geldstrafe, Rittermeister v. Platen ebenfalls wegen verurtheter Mordtätigkeit zu 300 M und Prinz Gottfried zu Hohenzollern-Langenburg wegen Körperverletzung zu 1000 M Geldstrafe verurteilt.
In der Begründung des Urteils heißt es: „Es steht fest, daß Prinz Joachim Albrecht aufgestanden sei und „Raus!“ gerufen, ein Weinglas und mit Lichtern geworden habe. Er habe sich der verurtheten Mordtätigkeit schuldig gemacht. v. Platen habe sich des gleichen Vergehens schuldig gemacht, indem er von seinem Tisch aus gerufen und drohend die Faust geballt habe. Prinz Gottfried zu Hohenzollern-Langenburg sei der Körperverletzung mittels gefährlichen Werkzeuges schuldig. Als ein solches sei der Schuh, mit dem er auf den französischen Offizier eingeschlagen habe, anzusehen. Richt erweise sei, daß er wußte, einem Mitglied der französischen Mission gegenüberzutreten. Es sei möglich, daß Gougevin glaubte, daß der Angeklagte es gewesen sei, der ihm den Stuhl fortgezogen habe, sodoch er ihn packte, und der Angeklagte dann auf ihn einschlug. Was die Strafmaßnahme betreffe, so lehne das Gericht es ab, einen Ausländer anders zu bestrafen als nach dem Gesetz, weil er Ausländer sei. Ebenso lehne es das Gericht ab, gegen sein Gewissen und seine Ueberzeugung irgend jemand zuliebe ein Urteil zu sprechen, ganz gleich, um wen es sich handle.“

Ein Scheidemann-Prozess.

Berlin, 16. April. Die Strafkammer verurteilte gestern den Journalisten Kurt Rhodin wegen Betrugs und verleumdender Beleidigung des früheren Ministers Scheidemann zu 9 Monaten Gefängnis. Rhodin, der belgischer Untertan ist, hatte in Zeitungsartikeln Neues zum Fall Sturz Scheidemann vorgeworfen, mit anderen zusammen große Terrainspekulationen in Nordhollands zwecks besserer Bewertung und Vereinigung dieser Gebiete mit Dänemark betrieben und an Scheidemanns Geschäften teilgenommen zu haben. Der Angeklagte vermochte nicht den geringsten Beweis zu erbringen. Sein Verleger Baummeister wurde wegen Verdachts der Teilnahme an der Strafbhandlung nicht verurteilt. Die Verurteilung Rhodins erfolgte, obwohl Scheidemann die Strafkammer ausdrücklich gebeten hatte, diesen unglücklichen Menschen nicht zu verurteilen.

Die englische Demarche.

Paris, 17. April. Dem „Temps“ zufolge hat die französische Regierung dem von der englischen Regierung vorgeschlagenen Schritt bei der deutschen Regierung ihre Zustimmung gegeben. Dieser Schritt wird darin bestehen zu erklären, daß die Alliierten die Aufrichtung einer aufrührerischen Regierung, deren Politik der Ausführung des Friedensvertrags entgegenstehe, nicht dulden werden. Wenn eine solche Regierung ausstünde, läßten sich die Alliierten gezwungen, das Programm der Hilfeleistung an Deutschland aufzugeben und die Lebensmittelverrichtungen einzustellen. Die Vorkämpfer Belgiens und Italiens haben heute vormittag Milverand unterrichtet, daß sich ihre Regierungen der von Lord Derby bei ihm unternommenen Demarche anschließen, die darauf hinausgeht, daß die Alliierten bei der Berliner Regierung gemeinsame Schritte unternehmen, um von ihr die vollständige Ausführung des Vertrags von Versailles zu verlangen.

Württembergische Politik.

Auflösung der Arbeiterräte.

Stuttgart, 16. April. Der Landesausschuß der Württ. Arbeiterräte hat sich am 1. April aufgelöst. Die örtlichen Arbeiterräte sind schon im Laufe des Jahres 1919 verfallen.

Die Frage der Einwohnerwehren.

Stuttgart, 16. April. Während die Presse des ganzen Landes einmütig die feste Haltung der württ. Regierung in der Frage der Einwohnerwehren gegenüber den Forderungen der Entente auf Auflösung dieser Wehren anerkennt, schreibt der „Sozialdemokrat“: „Wie die Frage um den heißen Brei geht die Württ. Regierung in der Frage der Auflösung der Einwohnerwehren. Es ist ihr sehr unangenehm, daß die badische Regierung aus der Reihe der süddeutschen Staaten tangt. Die Württ. Regierung stellt sich mit ihrer Haltung in bewußten Gegensatz zu den Vereinbarungen der Reichsregierung mit den Gewerkschaften und den sozialistischen Parteien.“

Ein falsches Gerücht.

Stuttgart, 16. April. Der Abg. Bazille (D.) hat eine Anfrage an die württ. Regierung gerichtet, was an den umlaufenden Gerüchten sei, daß die württ. Regierung Verhandlungen mit Frankreich gepflogen habe. Landtagspräsident Keil hat sich an den zurzeit in Berlin weilenden Staatspräsidenten in dieser Sache gewandt. Staatspräsident Elos erklärt nunmehr, daß diese Gerüchte selbstverständlich auf böswilligen Erfindungen beruhen.

Der Kaiser gegen Cotta.

Stuttgart, 16. April. Der Prozeß, den der Kaiser gegen den Cotta'schen Verlag wegen des 3. Bandes von Bismarcks Gedanken und Erinnerungen führte u. dessen Ausgang mit einiger Spannung entgegengeesehen wurde, beschäftigte nun auch das Oberlandesgericht. Grundsätzlich ist gegen den Cotta'schen Verlag eine einstweilige Verfügung ergangen, die Veröffentlichung des 3. Bandes von Bismarcks Gedanken und Erinnerungen zu unterlassen, welchem Beschluß auch die Zivilkammer des Landgerichts nach einer mündlichen Verhandlung beitrug. Gegen dieses Urteil hatte nun die Firma Cotta Berufung eingelegt. Der erste Zivilsenat unter dem Vorsitz des Oberlandesgerichtspräsidenten v. Cronmüller fällt folgenden Spruch: „Die einstweilige Verfügung bleibt aufrecht erhalten. Die Kosten des Rechtsstreits trägt die Berufungskammer.“ — Der frühere Kaiser war vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Schott hier, die Firma Cotta durch Rechtsanwalt Dr. Klemmer hier. Der Streitwert ist in erster Instanz auf 500.000 M festgesetzt worden. Mit dieser Entscheidung hat der frühere Kaiser bezüglich der einstweiligen Verfügung endgültig gesiegt, doch kann nunmehr die Firma den Rechtsweg der ordentlichen Zivilklage beschreiten, in welchem Fall die höchste Instanz, das Reichsgericht wäre.

Aus Stadt und Bezirk.

Ragold, den 19. April 1920

Berfest wurde seinem Ansuchen entsprechend der Oberamtssekretär Lug beim Oberamt Ragold, zur Zeit bei der Zentralstelle für die Landwirtschaft, auf die erledigte Oberamtssekretärstelle beim Oberamt Ragold.

Erfolgswahl zur Landeskirchenversammlung. Am Sonntag, den 25. April wird in den zusammengelegten Bezirken Herrenberg eine Erfolgswahl zur Landeskirchenversammlung stattfinden. Dabei ist für den verstorbenen Prälat Römer wieder ein geistlicher Abgeordneter zu wählen. Als einziger Kandidat ist bisher Delius Großh. aufgetreten. Derselbe wird in dieser Woche die beiden Bezirke bereisen und in Versammlungen sich den Wählern vorstellen.

Schlechteres, aber teureres Brot. Wir hören, steht für die nächste Zeit nicht nur eine Vertenerung, sondern auch eine Verschlechterung des Brotes in Aussicht. Da die Mehlbestände knapp und unzureichend sind, soll Brot aus einer Mischung von Maismehl und Hafestodden hergestellt werden. In Karlsruhe ist dieses Erprobungsbrot seit einigen Tagen ausgegeben.

Neue Feuerungsvorschriften für die Beamten. Die Staatsregierung hat, vorbehaltlich der Abstimmung des Landtags, beschlossen, den Beamten auf die vorgesehene Gehaltserhöhung einen größeren Vorstoß zu gewähren. Die Beamten bis zum 21. Lebensjahr sollen 500 M, die über 21 Jahre alten einen Vorstoß von 800 M in den nächsten Wochen erhalten. Die neue Gehaltsregelung der Beamten kann nun erst von einem neugewählten Landtag verabschiedet werden. Auch die Stuttgarter Stadtverwaltung hat sich dem Vorgehen des Staates angeschlossen und den städt. Beamten Vorstöße in gleicher Höhe wie beim Staat zugestimmt. Der Aufwand der Stadt beträgt über 2 1/2 Millionen Mark.

Die Ueberfüllung im Lehrerberuf. Der Unterrichtsverwaltung erscheint eine Weiterführung der bisherigen organisierten Vorbereitung von Schülern auf die Aufnahme für die Lehrerbildungsaufstellen (die sog. „Aspirantenprüfung“) in den Jahren 1921 ff. nicht mehr als zweckmäßig. Die Aufnahmeprüfung in die höheren deutschen Schulen, in die die Lehrerbildungsaufstellen Württembergs voraussichtlich von Beginn des Schuljahres 1921 an schrittweise umgewandelt werden, wird einen wesentlich anderen Charakter tragen als die bisherige Aufnahmeprüfung für die Lehrerseminare. Eine besondere Vorbereitung, zumal eine solche mit der bisherigen Organisation ist, wenn auch nicht vollständig auszuküpfeln, so doch in dieser Ausdehnung und Ausgestaltung als unermülich, unangemessen und infolgedessen unnötig erklärt, wenn wider Erwarten der Abbau der Lehrerbildungsaufstellen 1921 noch nicht eintreten sollte, so wird angelehnt des herrschenden und in der nächsten wohl noch zunehmenden Lehrerbüchse im Schuljahr 1921 die Aufnahme in die Lehrer- und Lehrerseminare voraussichtlich überhaupt eingestellt werden.

Honigpreis. Die bisher geltenden Richtpreise für Honig sind mit sofortiger Wirkung aufgehoben worden.

Doppelte Papierpreise. Den maßgebenden Instanzen des Zeitungsgewerbes wurde heute die neue Verdoppelung des Preises für Zeitungspapier angekündigt. Das Rio kostet künftig statt 3,50 nunmehr 7 M. (Was wollen da 10 Millionen M Staatszuschuß für 3000 Zeitungen bedeuten!)

Das Steuerabzugsverfahren. Die Reichseinkommensteuer wird künftig vom Lohn oder Gehalt durch Abzug erhoben. Ursprünglich war vorgesehen, daß dieses neue Verfahren am 15. März, spätestens am 15. Mai in Kraft tritt. Nun soll es aber erst am 15. September an zur Anwendung kommen. Die Steuerarten für die einzelnen Betriebe sind bereits fertig, jedoch sind die sonstigen Vorbereitungsarbeiten noch im Gange.

Lohnstatistik. Auf Veranlassung der Reichsregierung findet auch in Württemberg eine Erhebung der Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten für den Monat Februar 1920 statt. Jeder Arbeitnehmer ist verpflichtet, dem Stat. Landesamt in Stuttgart die zugesandten Fragebogen spätestens bis zum 1. Mai einzusenden. Die Erhebungen werden zurzeit in Württemberg vorgenommen.

Keine Ausweisung der Ausländer. In der Tagespresse ist neuerlich die Nachricht verbreitet worden, die Reichsregierung betreibe von Reichsmengen die Ausweisung der Ausländer ausweilung. Diese Nachricht entbehrt jeder Grundlage. In Württemberg wie im Reich wird der Frage der Ausländerausweisung größte Beachtung geschenkt, da mit der Einwanderung zahlreicher Ausländer Gefahren verbunden sind.

Höchstpreise für Ziegelwaren. Die Höchstpreise für Ziegelwaren, die erst am 27. Februar festgesetzt wurden, wurden schon wieder erhöht. Es kosten je 1000 Stück Backsteine 310 bis 365 M, Formsteine 345 M, Hohlsteine 480 bis 620 M, Ubergewölbe 350—520 M, Dachplatten 365 M, Falzriegel 870—960 M und Drainageröhren je nach Durchmesser 365—1140 M.



Altensteig, 17. April. Oberförster Dien hat gestern früh den ersten Auerhahn dieser Jagdzeit erlegt.

Aus dem übrigen Württemberg.

Unterjettingen. (Mitleid verspätet). Am Ostermontag hatte auch unser Ort für seine Ausmarschierten und Kriegsverwundeten seine Begrüßungsfeier. Unter Vorantritt eines Teils der Regimentsmusik unserer 1919er begab sich der Festzug mit den wehenden Fahnen der bliesigen Vereine zum Gotteshaus. Der Ortsgeistliche, Herr Pfarrer Weitzbrecht, sprach in wohl disponierter Weise von Herzen zu Herzen gehende Worte. Ergreifend war vor allem die Weihe der in dieser Kirche angebrachten Gedenktafel mit den Namen der 53 gefallenen Söhne unserer Gemeinde und gemäß haben die Worte die eigentümliche Töne des „Wir liebten uns wie Brüder“ hinhilber getragen nach Nord und Ost, Süd und West, oder wo sie alle schlammern mögen. Der bliesige Gesangsverein umrahmte mit seinen passenden Chören die erste Feier. Nachmittags erklang Deethoens „Chor Gottes“ und lebend Kellers „Hör uns Almüchiger“ in der weiten Halle unserer Kirche. Der Dirigent, Herr Oberlehrer Wagner von Oberjettingen, hat sich auch seine Mühe verdriehen lassen, um für diesen Tag geschmackvolle und wohlgerundete Chöre bieten zu können. In den bliesigen Gasthöfen war für die Kriegsteilnehmer und Angehörigen der Gefallenen die festliche Tafel, die der guten Küche unserer Wirte alle Ehre machte. Patriotische Weisen und Tafelreden verkürzten die Zeit bis zur Sammlung vor dem Rathaus um 2 Uhr, wo die festliche Feier stattfand. Nach Musikvortrag und Chorgesang hielt Herr Pfarrer Weitzbrecht eine von tiefem stillen Ernst getragene Ansprache, die eingeleitet wurde durch Bengert „Heimatliebe“. Nach Befang der Oberklasse beschloß Bengert „Lebter Mut“, die Feier, ergreifend vorgetragen vom bliesigen Männergesangsverein. Abends war gefellige Vereinigung in den bliesigen Lokalen. Dank allen, die sich um diese harmonisch verlaufene Feier verdient gemacht haben! Wenn derartige Feiern in unserer trübten Zeit eine Stärkung des Nationalgefühls im Gefolge haben, dann ist auch der Beweis ihrer inneren Berechtigung erbracht.

Stuttgart, 16. April. Die „Zeitschrift“, die bekannte und allgemein geschätzte Zeitschrift für Literatur, hat mit dem 1. April ihr Erscheinen eingestellt. Noch im letzten Halbjahr hat sie unter ihrem neuen Schriftleiter, Anton Dörfler, einen vorzüglichen Auffschwung genommen. Konnte sich aber nur mit Unterfügung des bekannten hies. Großindustriellen Robert Voss, der für alle Fragen der Kultur ein warmes Herz besitzt, über Wasser halten. Die Not der Zeit und die mannigfachen Schwierigkeiten der Gegenwart haben nun dazu geführt, daß das Blatt sein Erscheinen einstellen. Der Schriftleiter Anton Dörfler hat die Leitung der Presseabteilung beim Verein zur Förderung der Volksbildung übernommen.

Stuttgart, 17. April. Der Metzger und Wirt Robert Koch zur Krone in Heumaden, der einen Stier schwarzgefärbt hat, wurde von der Wucherammer wegen Schleichhandels zu 1 Woche Gefängnis und 3000 M Geldstrafe verurteilt. Der in Crailsheim ansässige Kaufmann Nathan Roth wurde wegen Kettenhandels mit Zigaretten mit 600 M Geldstrafe verurteilt.

Eßlingen, 16. April. Die Gemeinderatsfraktion der Unabhängigen Sozialdemokratie hat an die Stadtverwaltung folgende Anfragen gestellt: Ist der Stadtverwaltung bekannt, daß in letzter Zeit vielfach Eßlinger Bürger und sogar Auswärtige innerhalb der Stadt, insbesondere aber auf der Straße nach Waldenronn von Angehörigen der Polizeiwache angefallen und verprügelt werden, daß man Leute in die Kaserne gesperrt und dort schwer mißhandelt hat? Ist der

Gastspiel der Schwäbischen Volksbühne.

Die Schwäb. Volksbühne, in Verbindung mit dem Württ. Landestheater, wird vom 21. bis einschl. 23. April wieder Gastspiele in der Seminarhalle geben. Am Mittwoch den 21. geht Franz Grillparzer's Trauerspiel „Des Meeres und der Liebe Wellen“ in Szene.

„Des Meeres und der Liebe Wellen“, auf einer spätgriechischen Erzählung des Nikias beruhend, ist die herrlichste Liebestragödie in deutscher Sprache u. steht ebenbürtig neben Shakespeares „Romeo und Julia“. Die kluge und sinnige Hero, die durch die Allmacht der Liebe zum Weib erweckt, ohne Reue und Schuldbewußtsein das für sie Naturunvermeidliche ergreift, ist eine der schönsten und wahrsten Frauengestalten der Weltliteratur. Von ihrem Ehemann, dem Oberpriester, wird Hero im Tempel der Aphrodite zu Sextos zur Priesterin geweiht, ein Amt, das die Ehelosigkeit bedingt. Bei der Weihe trifft ihr Blick den unter der Menge stehenden Leander, ein Jüngling, der mit seinem Freunde Naukeros von Abudos, jenseits der Meerenge, herüberkam. Auf Leander hat das schöne Mädchen starken Eindruck gemacht und mit Hilfe seines Freundes trifft er mit Hero im Hain zusammen. Das Zusammentreffen wird aber später durch den Oberpriester gestört. In der Nacht flieht Leander, der die Meerenge durchschwommen, zurück und bringt zu Hero in den Turm, der ihr als Wohnung dient. Von nun an will Leander allmählich wiederkehren und das Delirium der Geliebten soll sein Zeichen und seine Richtschnur sein. Aber der Tempelkater, der Leander in der nächsten Nacht bemerkt, teilt dem Oberpriester seine Beobachtungen mit. Um Hero zu erwidern, sendet sie der Ehemann am nächsten Tage viel umher, sodas sie nachts bei dem Dampfen einschläft. Der Oberpriester läßt das Licht. Leander, der sich auf dem Meer befindet, verliert die Richtung, ertrinkt und wird von den Wellen ans Ufer geworfen. Hier findet ihn Hero am nächsten Morgen und als die Leiche aus dem Tempel, wohin sie der Oberpriester hatte bringen lassen, entfernt werden soll, stürzt Hero entseelt zusammen.

Oberregisseur Ernst Stockinger führt die Spielleitung. Die neuen Dekorationen sind mit Absicht so einfach wie möglich und wirken durch einfache Linienführung, die die Handlung selbst und die handelnden Personen ungemein plastisch erscheinen läßt. Ernst Stockinger hat besondere Rücksicht auf das Wort, die Gedanken, die Gesten, sowie das Verhalten in dem Wert genommen. Durch die Zusammenziehung der beiden letzten Akte wird der tragische Ausgang des Stückes geloben. Die Hauptrollen liegen in den Händen der Damen

Stadtverwaltung ferner bekannt, daß die Einwohnerzahl von Eßlingen vielfach durch die Nachpatrouillen der Polizeiwache provokiert wurde, so daß ein Gang durch die Straßen der Stadt geradezu gefährlich wird? Was gedenkt die Stadtverwaltung zu tun, um diesen trassen Missetatanden zu begegnen?

Rottweil, 16. April. Der Metzger Karl Meboldt, der Müller Wilhelm Meboldt und der Bauer Johannes Braun, alle von Leßlingen, sowie der Metzger Jakob Boffeler von Rottenfeld hatten längere Zeit in den Bezirken Sulz, Rottweil und Bollingen Butter, Fleisch und Mehl aufgekauft und zu Wucherpreisen nach Berlin abgesetzt. Einmal wurden sie in Stuttgart abgefaßt, als sie mit 172 Pfund Butter nach Berlin fahren wollten. Das Wuchergericht erkannte gegen Karl Meboldt auf 2 Monate und 300 M, gegen Braun auf 3 Monate und 500 M, gegen Boffeler auf 4 Monate Gefängnis und 500 M Geldstrafe. Die beschlagnahmte Butter wurde eingezogen.

Bachwang. In die seitherige Mädchenmittelschule werden jetzt auch Knaben aufgenommen. Die Aufnahme ist von der Erteilung einer Prüfung abhängig. Minderbemittelten Kindern kann das Schulgeld nachgelassen werden. Die Mittelschule erhält nunmehr den Charakter einer Begabenschule.

Wangen, 16. April. Im Augenblicke lesen wir folgende Anzeige: Meinem Freunden, Feinden und unter der Einwohnerwehr ein herzliches Willkommen! Joseph Bögle.

Vögelingen, 17. April. Der Besitzer der Röhre n. m. h. le wollte das Wasser rad schmierig, während es in Gang war. Er wurde vom dem Rad erfasst, durch einen Schlag bedaubt und in den Mühlstall geschleudert, wo er ertrank.

Hochdorf, 17. April. Nachdem ein hiesiger Bauer bereits zweimal Diebstahl hatte, entschloß er sich, einen scharfen Hund anzuschaffen und setzte ihn an der gefährlichen Stelle an. Aber am andern Morgen war der Hund samt der neuen Kette gestohlen. Trotz energischer Forderung konnte bis jetzt weder der Hund noch der Hund ermittel werden. Für die Verbringung des Hundes hat der Eigentümer 200 M Bezahlung ausgelegt.

Handels- und Marktberichte.

Vom Obst- und Gemüsemarkt. Nach den Mitteilungen der Zentralvermittlungsstelle des Württ. Obstbauvereins G. V. in Stuttgart schrumpft der Obstverkehr auf den Großmarkt immer mehr zusammen. Die Äpfel müssen jetzt aus den Lagern geräumt werden, sie zeigen starken Verderb. Im Aemerkung werden 180 bis 240 M für das Pfund verlangt; anscheinend verdirbt ebensoviel, als zu diesen hohen Preisen verkauft wird. Für Paulsdörnen u. andere Rosbdörnen ist der Preis 2.20 bis 2.50 für das Pfund. Orangen tauchen in den letzten Tagen wieder reichlich auf; das Stück wird zu 1.00 bis 2.50 M angeboten, Zitronen zu 60—80 J, Tafelzitrone 7 M das Pfund; der Markt ist verschwindend. Auf dem Gemüsemarkt herrscht reges Leben. Die Hauptlieferung besteht in Rettichen, Spinat, Kohlrabarbar u. Salat. Kopfsalat bleibt stetig im Preis, 1.00 bis 1.20 M der Kopf, Rettiche das Bündel weiße 1 M, rote Rottische 50 J. Kohlrabarbar und Spinat sind teilweise unverkäuflich, für ersteren fehlt der Jünger, Spinat kommt zuhause, weil die Beete für andere Kulturen freigemacht werden müssen. Erbsen wurden auf dem Großmarkt für beide Gemüsesorten 40 M der Zentner; im Kleinverkauf wurden 70—80 J für das Pfund verlangt. Die ersten Spargel wurden zu 4—5 M das Pfund verkauft, man rechnet mit einem schnellen Fallen der Preise, sobald die Einfuhr der „Schwagerer“ einsetzt. Für die ersten Treibgurken wurden 6—8 M erzielt, für nächste Woche ist auf höhere Zufuhr zu rechnen. Zwiebel, Gelbrüben, Rote Rüben haben unwesentlich angezogen; Erdlohraben halten

Maifisch, Graeg und der Herren Frommann, Stockinger, Lampert und Reihner.

Am Donnerstag, den 22. folgt Gerhart Hauptmann's Märchen drama „Die versunkene Glocke“. Eines der bedeutendsten Werke Hauptmanns dürfte die „Versunkene Glocke“ sein, hier begreifen sich Symbole aus allen Kultur- u. Glaubenswelten, das rechte Märchen geht wieder einmal durch die Welt voller Geheimnisse, voller Spulge- und Trosthalten. Die Aufführung wird von Direktor Ernst Martin geleitet, die neuen Dekorationen sind nach Entwürfen von Joh. M. Wischnowski in den Werkstätten des Landestheaters angefertigt worden. Die Hauptrollen liegen in den Händen der Damen Wagner, Benedikt, Kinach und der Herren Reihner, Weingart, Heiderich und Lampert. Am Freitag den 23. wird das Gastspiel mit G. E. Lessing's Lustspiel „Minna von Barnhelm“ beschloffen. „Minna von Barnhelm“ gilt noch heute mit Recht für das beste deutsche Lustspiel und gehört zum eizernen Bestand unseres Theaterplans. Echtes Leben erfüllt das unter dem unmittelbaren Eindruck von selbständigen Zeitergebnissen frei erkundete Stück mit seiner reich u. folgerichtig verlaufenden Handlung, seiner scharfen, auf Individualität bedachten Charakterzeichnung, seiner lebendigen und natürlichen Konversation. Die Spielleitung führt Ernst Stockinger; die Hauptrollen liegen in den Händen der Damen Maifisch, Graeg, Berndt und der Herren Kinig, Gizinger, Lampert, Weingart und von der Heiden.

Portreffliche Einführungen in „Die versunkene Glocke“ und „Minna von Barnhelm“ bringen Feste 6 und 7 der Blätter der Schwäb. Volksbühne, die den Eintrittskarten kostenlos beigegeben werden. Brj.

Das verbotene Glückwunschtelegramm. Dem Frankf. Gen. Anz. wird berichtet: Da die Reichspost infolge Ueberlastung durch Schiebetelegramme Glückwünsche auf dem Drahtwege nicht mehr vermittelt, greift ein Frankfurter zu folgendem Ausweg, als er einem Kollegen zur Vermählung also gratulierte: „Da Glückwunschtelegramme nicht befördert werden, herzlichste Grüße.“ Der Drahtgruß fand anstandslos Annahme bei der verständnisvollen Post und gleiches Verständnis bei dem Empfänger. — Ob es wahr ist oder Dichtung? Gleichzeitig wird nämlich auch folgender Scherz kopiert: In der Post will der Herr ein Telegramm aufgeben. Als ihm der Beamte den Bescheid gibt, daß Glückwunschtelegramme nicht befördert werden dürfen, stellt er sich ganz ruhig an das Schreibpult und schreibt weiter. Da ruft ihn der Beamte wohlmeinend zu: Das sag ich Ihnen gleich, auf „Maffeltow“ sollen wir nicht mehr herein! (Maffeltow ist nämlich der hebräische Ausdruck für Glückwunsch).

den seitherigen Preis. — Die Ausichten für Gemüse sind vorzüglich, das Wetter äußerst günstig; im Kleingartenbau herrscht allenthalben im Land reges Leben, es ist anzunehmen, daß die Preise sich in bescheidenen Grenzen halten werden. Ebenso ist die herrliche Obstblüte bisher ohne Störung verlaufen, in warmen Tagen brechen schon die Apfelblüten auf.

Familiennachrichten.

Amwürdtige.
Gestorbene: Marie Keller Wwe., geb. Koch, Calw; Julius Kopp, ref. Apotheker, Calw.

Eingefandt.

Nachdem wir es im Bezirk glücklich soweit gebracht haben, daß in Folge der vielen Schwarzschlachungen nur alle 14 Tage Lage und schreibe 150 Gramm Fleisch auf den Kopf der Versorgungsberechtigten kommen und nachdem wir laut neuester Verfügung in nächster Woche mit Margarine statt Butter abgeseift werden, so erlauben wir uns beim Oberamt ganz gegemend anzufordern, ob wir in den nächsten Monaten auch noch durch Kurfremde in der Ernährung benachteiligt werden sollen, oder ob Schritte getan wurden, daß ein Eindringen von sogenannten Kurfremden — zum Teil aus Schiebern und Schleichhändlern bestehend — unterbleibt, damit wir in unserem Bezirk nicht eine Agitation eingeleitet werden, wie solche im Waldorfer Amt stattand und welche wir für durchaus angebracht halten, weil die Fremden zum größten Teil nur in die Sommerfrische gehen, um auf Kosten der Ernährung der einheimischen Bevölkerung — oft in geradezu üppiger Weise — zu leben.

Legte Nachrichten.

Allmählicher Abzug der Franzosen.
Berlin, 19. April. Nach der Post. Ztg. melden sich die Anzeichen dafür, daß mit dem Abmarsch der über die erlaubte Zone im Ruhrgebiet befindlichen Reichwehrruppen die Franzosen Brückenkopf Mainz allmählich räumen. Französische Truppen haben bereits die Besetzungzone östlich von Frankfurt verlassen. Offenbach und Mühlheim seien bereits ohne feindliche Besatzung.

Die Krise in Oberschlesien.
Berlin, 19. April. Wie aus Kattowitz gemeldet wird, fanden gestern in 10 ober-schlesischen Städten von den Gewerkschafts- und Beamtenverbänden einberufene Massenversammlungen statt, in denen beschlossen wurde, entgegen dem Verbot der Entente-Kommission die Betriebsräte anzulandern, ihre Funktionen anzukündigen.

Eine französische Drohung.
Breslau, 19. April. In der Streikangelegenheit ist heute die Entscheidung gefallen. Die Streikleitung der Zementarbeiter hat ein Telegramm geschickt, die Arbeit anzuhängen. Morgen werden die Gruben- und Hüttenarbeiter in Streik treten. Die Verbände der technischen und industriellen Beamten werden sich ebenfalls anschließen. Die kaufmännischen Angestellten werden morgen beraten, ob sie in den Streik eintreten und werden dann wahrscheinlich die Arbeit niederlegen. Die Franzosen drohen den Eisenbahnen, falls sie den Eisenbahnbetrieb stilllegen sollten, die Grenze zu öffnen und die polnischen Truppen hereinzulassen. Es sind tatsächlich starke polnische Heeresmassen an der Grenze von Kowel und nach Galizien zu. Die polnische Berufsvereinerung, die den polnischen Mittelstand vertritt, und in der Korfanty Führer war, hat sich von der polnischen Politik abgewendet und steht geschlossen hinter den Deutschen. Das entschlossene Auftreten der Arbeiter hat infolgedessen schon Erfolg gehabt, als der französische Kommandant die Offiziere, die sich an der Mißhandlung beteiligt hatten, veranlaßte, sich zu entschuldigen. Es wurde den Mißhandelnden ein Schmerzensgeld von 1000 bzw. 3000 M gewährt.

Höly.
Blauen, 18. April. In der Verhaftung von Höly wird von der Polizeispektion in Eger noch mitgeteilt: Höly verweigert jede Auskunft über seine Person und erklärt, daß er erst vor dem Gerichtshof in Prag Rede stehen wolle. Durch seine Gegenüberstellung mit einigen anderen im Kreisgerichtsgefängnis befindlichen Häftlingen wurde seine Identität festgestellt. Es wurden noch etwa 130 000 M bei ihm vorgefunden. Mit ihm zusammen wurde ein Kommunist namens Weber verhaftet.

Die Deutschen Südtrols.
Berlin, 19. April. Die „Deutsche Allg. Zeitung“ meidet aus Lugano, daß die Führer der politischen Parteien im deutschsprachigen Südtrol nach San Remo eingeladen worden seien, um an dem Autonomie-Entwurf für die deutsche Bevölkerung des oberen Eisaches mitzuwirken.

Anarchistische Umtriebe in Turin.
Turin, 19. April. Begünstigt von der durch den Generalstreik geschaffenen Lage begehen die Anarchisten in letzter Zeit Missetaten. In der Sonntag-Nacht wurde in das Lager des Artillerie-Depot 2 Bomben geworfen, die beträchtlichen Schaden anrichteten; eine 3. Bombe wurde auf den Eisenbahn-Gelände entzündet. Es wurden auch Sabotagefälle erbeudet.

Das neue Favorit-Moden-Album
(Frühjahr/Sommer 1920.)
Vorrätig bei G. W. Zaiser, Buchhdlg. Nagold.

Das neue Favorit-Moden-Album (Frühjahr/Sommer 1920.) Vorrätig bei G. W. Zaiser, Buchhdlg. Nagold.



